

TOP 3.4.2 Rechnungshofbericht „Pädagogische Hochschulen“

Der Rechnungshof (RH) überprüfte alle öffentlichen Pädagogischen Hochschulen (PH) insbesondere die PH Tirol und Wien. Die derzeit 14 PHs entstanden durch eine Zusammenlegung von 51 öffentlichen und privaten Institutionen der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrer/innen. Diese Konzentration geht dem RH aber nicht weit genug: In Oberösterreich, der Steiermark, Tirol und Wien bestehen nach wie vor parallel öffentliche und private PH nebeneinander. Derzeit sind PHs in Wien (drei), Innsbruck, Linz, Graz (je zwei) sowie Eisenstadt, Baden, Klagenfurt, Salzburg und Feldkirch eingerichtet. Der Rechnungshof (RH) empfiehlt die Prüfung der "Effektivität der derzeitigen Standorte der Pädagogischen Hochschulen" und eine weitere **Konzentration der Einrichtungen**.

Diese Empfehlung wird auch dadurch untermauert, dass 2012 über alle öffentlichen PH gerechnet pro StudentIn in der Ausbildung durchschnittlich 14.360 Euro ausgegeben wurden. An der PH Tirol waren es 16.502 Euro, an der PH Wien nur 10.436. Nach Ansicht des RH deutete die Entwicklung der Ausgaben je Studierenden (Ausbildung) darauf hin, dass die Ausbildung an größeren Institutionen (PH Wien) kostengünstiger war als an kleineren (PH Tirol). Dies spricht für die Konzentration bei den Ausbildungsinstitutionen.

Die Anzahl der Lehramtsstudierenden an den öffentlichen PHs stieg von 4.029 (2007/08) um über 100 % auf 8.734 (2011/12). In Wien war der Anstieg um 184,6 % besonders hoch (Tirol 108 %). Die Ausgaben für die öffentlichen PHs erhöhte sich von 2008 bis 2012 aufgrund gestiegener Studierendenzahlen um rund ein Drittel auf 135,62 Mio Euro, wobei der Anstieg der PH Tirol 40,2 % betrug und an der PH Wien nur 28,8 %.

Der Anteil weiblicher Studierender ist zwar rückläufig, trotzdem gab es 2011/12 rund drei Viertel Studentinnen in der Ausbildung. Der RH empfiehlt Maßnahmen, um die **Attraktivität des Lehramtsstudiums für den Pflichtschulbereich für Männer zu steigern**. Gleichzeitig sollte aber auch der Anteil der weiblichen Studierenden in Studiengängen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, erhöht werden.

Die Anzahl der Absolvent/innen der Lehramtsstudien allgemein bildender Pflichtschulen aller öffentlichen PHs erhöhte sich um rund 23,3 % auf 1.380 AbsolventInnen. Der Anstieg in der Berufspädagogik betrug 83% (368 AbsolventInnen).

18.544 Lehrveranstaltungen zur Fortbildung hielten die Pädagogischen Hochschulen im Studienjahr 2011/12 ab. 12,3 % der Veranstaltungen mussten aufgrund des Nichterreichens der MindestteilnehmerInnenzahl abgesagt werden. Die Gesamtkosten für die Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen betragen 2011/12 15,37 Mio Euro. Allerdings bemängeln die PrüferInnen, dass die Fortbildung der Lehrer/innen zu selten in der unterrichtsfreien Zeit stattfand. So wurden 2011/12 an allen PH nur rund fünf Prozent der Lehrveranstaltungen im Fortbildungsbereich in den Sommermonaten Juli und August angeboten. Die PH Wien offerierte überhaupt nur 0,8 Prozent ihrer Lehrveranstaltungen in den Ferienzeiten. **Der RH empfiehlt eine Verlagerung der Fort- und Weiterbildung „grundsätzlich in die unterrichtsfreie Zeit“**. Dies sei gerade "aufgrund der angespannten Personalsituation im Lehrerbereich unumgänglich, um genügend Personal für den Unterricht zur Verfügung zu haben.

Kritik übt der RH auch an der Umsetzung der neuen LehrerInnenausbildung: Zwar seien damit wichtige Punkte wie etwa eine gleichwertige pädagogische Ausbildung für Lehrer/innen aller Schulstufen sowie

Eignungs- und Aufnahmeverfahren für ein Lehramtsstudium umgesetzt worden. Allerdings seien "die Parallelstrukturen in der Lehrerausbildung zwischen PH und Universitäten nach wie vor gegeben". Auch die getrennten Ressortzuständigkeiten zwischen Bildungs- und Wissenschaftsministerium seien unverändert geblieben. Probleme sieht der RH etwa darin, dass es an den Unis aufgrund ihrer Autonomie "eine Vielzahl unterschiedlicher Eignungs- und Aufnahmeverfahren" geben könnte, In der Tat setzen die Unis verschiedene Verfahren ein, wie sich derzeit bei der Anmeldung für die einzelnen Studiengänge zeigt. Der RH empfiehlt daher eine Standardisierung der Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium.

Die AK Wien unterstützt die Empfehlung des RH, die Konzentration der Ausbildungsstätten zumindest in jenen Bundesländern voranzutreiben, die über mehrere Ausbildungsstandorte verfügen.

Ebenso schließt sich die AK Wien der Empfehlung des RH an, die Veranstaltungen im Bereich der Fort- und Weiterbildung verstärkt in der unterrichtsfreien Zeit und im Besonderen während der Ferien anzubieten. Aufgrund des neuen Dienstrechts für Pädagogische Hochschulen (seit dem Studienjahr 2013/14 in Kraft) ist es möglich, die Lehrkräfte flexibler und den Bedingungen einer Hochschule entsprechend einzusetzen und den Lehrbetrieb auch während der Sommermonate aufrechtzuerhalten.

In der ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf zur PädagogInnenbildung hat die BAK ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Kooperation von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen hingewiesen und greift hier die vom RH geübte Kritik auf. Die Zusammenarbeit sollte aber weit über die gemeinsame Entwicklung der Aufnahmeverfahren hinausgehen. Von zentraler Bedeutung ist die Kooperation im Bereich der Curriculagegestaltung. Dabei geht es nicht nur eine formale, sondern vor allem um eine inhaltliche bundesweite Abstimmung in der PädagogInnenbildung, damit sichergestellt ist, dass einzelne absolvierte Prüfungen/Module sowie abgeschlossene Bachelorstudien von allen zur Ausbildung berechtigten Institutionen gegenseitig anerkannt werden, um Intransparenz und unnötige Studienzeiterverlängerungen für Studierende im Falle des Studien- oder Studienortwechsels zu verhindern.